



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

193 (26.4.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-203189](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-203189)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Belegpreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeitg. — answ. Mt. 6. —

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

### Lloyd Georges Pakt des Nichtangriffs

#### Französisches Widerstreben.

Paris, 26. April. Ueber den Stand der Verhandlungen, die seit gestern Vormittag in Genua über den Abschluß eines allgemeinen europäischen Paktes geführt wurden, wird dem „Petit Parisien“ aus Genua berichtet: Die Sitzung einer Konvention habe der englische Justiziar gestern Vormittag dem französischen Justiziar übermittelt. Es handelt sich um eine Übertragung der vier Verträge von Washington.

Der Text beginnt mit der Erklärung, daß es wünschenswert sei, den Frieden zu verstärken und die Entwaffnung zu erleichtern. Im zweiten Artikel wird bestimmt, daß die unterzeichneten Personen sich verpflichten, sich nicht anzugreifen, und im Falle einer Verletzung des Abkommens die Nationen sich gegenseitig ins Benehmen setzen, um den Frieden wieder herzustellen. Das Dokument enthält keinerlei Sanktionen in seiner jetzigen Form. Es scheint vielmehr durch seine Ungenauigkeit diejenigen zu ermöglichen, die die Revision des Vertrages wünschen. Der Entwurf sei im Gedanken an die öffentliche Meinung Amerikas aufgestellt, die sich nur schlecht Rechenschaft von den Bedingungen ablegen können, die auf gewissen europäischen Staaten der Kleinen Entente nicht verhindern, oder auch der nicht das Wort „Entwaffnung“ einfügen, höchstens könne man die Herabsetzung als wünschenswert bezeichnen. Es scheint ferner wesentlich, daß die Konvention der vollkommenen Aufrechterhaltung des Friedensvertrages entgegenlaufe.

Die bedeutendste Abänderung sei die, die sich bezieht auf die Nationen, die frei sein müssen unter sich Gruppen zu bilden, im Falle, daß das Abkommen verlegt werde. Diese Forderung werde den Abschluß eines beschränkten Paktes mit den Staaten der Kleinen Entente nicht verhindern, oder auch der Kleinen Entente mit Polen, Frankreich, Belgien und zweifellos auch Italien. Hier erscheine also der Gedanke eines alliierten Blockes. Der Berichterstatter glaubt deshalb, daß kein allgemeiner Pakt ohne die hier gekennzeichnete Konvention abgeschlossen werde und daß dieser alliierte Block ohne den französisch-britischen Pakt möglich sei. Damit glaubt er eine friedliche Allianz in Europa schaffen zu können, deren Haupt Frankreich sei.

Der Berichterstatter des „Matin“ sieht die Dinge etwas anders. Er glaubt, daß die Bemühungen des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Beneš, der über diesen Pakt verhandelt, dahingehen, durch den Vertrag zu verhindern, daß Angriffe sowie eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Nachbarstaaten erfolgen. Der Gedanke, Rußland und Deutschland zum Anschluß an diesen Vertrag aufzuwachen, wird von Beneš erwogen. Deutschland wird als Verbindung stellen, daß Frankreich sich aller militärischen Sanktionen zur Ausführung des Vertrages enthalte, dagegen hätte es für die Ausführung des Vertrages die reifste Unterstützung Europas sowie die Ausführung eingehender wirtschaftlicher Sanktionen. Der Matin-Berichterstatter glaubt, daß sich dieser Gedanke aus der Vorunterhaltung Benešs mit Rußland ergeben hätte.

#### Voraussetzungen.

Paris, 25. April. Der „Temps“ stellt in seiner Betrachtung über den von Lloyd George geplanten Pakt des Nichtangriffes, wie er ihn ausdrückt, folgende Fragen: Ist die Sowjetregierung bereit, aus freien Stücken und freiwillig zu erklären, daß sie die Grenzen aller russischen Kantonsen einschließlich der Rumänien und auch Besarabiens, als definitiv anerkennt? Ist die deutsche Regierung bereit, dies durch ihre Unterschrift zu bezeugen und durch Abstimmung des Reichstages betätigen zu lassen, daß Deutschland aus freien Stücken die durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen auch endgültig annimmt, und daß es sich freiwillig verweigert, jemals irgend einen Anspruch auf Gebiete zu erheben, die durch den Versailler Vertrag Belgien, Dänemark, Frankreich und Polen zurückerstattet oder abgetreten wurden. Wenn es fraglich wäre, diese beiden Fragen bejahend zu beantworten, werde es vielleicht an der Zeit sein, an einen Pakt zu denken. Bis dahin erscheint dem „Temps“ jede Vorbereitungsarbeit unnütz und gefährlich.

#### Poincaré ist mißverstanden worden!

Berlin, 26. April. Nach einer Pariser Meldung hat Poincaré gestern Abend die französischen Pressevertreter darauf hingewiesen, daß seine Äußerungen über eine etwaige Sonderaktion falsch ausgelegt worden seien. Frankreich sei entschlossen, sich strikte an den Versailler Vertrag zu halten und werde eine Sonderaktion nicht vornehmen, falls die Reparationskommission am 31. Mai ein gewolltes Verlangen Deutschlands nicht feststelle, wenn auch Frankreich selbst an ein gewolltes Verlangen glaube. Sollte jedoch ein gewolltes Verlangen festgestellt werden, so werde sich Frankreich auf Grund der §§ 17 und 18 Anhang 2 der Reparationsbestimmungen für berechtigt erachten, gegebenenfalls auf eigene Faust vorzugehen, da diese Paragraphen, nach französischer Auffassung, die respektiven Regierungen zur Verhängung von Maßnahmen ermächtigen, die sie für erforderlich halten. Poincaré hob hervor, daß das Wort „respektive“ auf das Drängen Frankreichs in den Versailler Vertrag aufgenommen worden sei. Lloyd George zeige sich bemüht, im Einklang mit Barthou zu arbeiten. Zu dieser Meldung erhalten wir von hiesiger amtlicher Seite, daß im Wortlaut gerade dieses Paragraphen die Durchführung der Reparationsarbeiten in die Hand der Reparationskommission gelegt ist.

Keiner der Alliierten Mächte ist es gestattet, allein Sanktionen vorzunehmen. Somit verstößt die Anschauung Poincarés gegen den Sinn dieses Paragraphen.

Lloyd George zeige sich bereit, in Eintracht mit Barthou zu arbeiten. Seine Unzufriedenheit mit dem Gedanken eines europäischen Paktes verhehle Poincaré nicht. Der „Fall Deutschland“ sei durch den Versailler Vertrag geregelt, und für die anderen genügte die Völkerbundspakte. Von einem europäischen Pakt würde nur Rußland Nutzen haben. Poincaré bezeichnete eine Verständigung mit den Bolschewisten als schwierig, wenn nicht als unmöglich, und es sei Frankreich unmöglich, die Geneigtheit Englands, Italiens und Belgiens zur Gewährung von Krediten an Rußland mitzumachen. Barthou soll die Anweisung erhalten haben, sich in den Besprechungen über den europäischen Pakt vorläufig abwartend zu verhalten.

#### Einschränkungen.

Paris, 26. April. „Petit Parisien“ glaubt erklären zu können, die französische Regierung werde die in den neuen Erklärungen Poincarés gezogenen Grenzen in keiner Weise überschreiten und ihre Entscheidung von der der Reparationskommission abhängig machen. Die deutsche Regierung scheine in der Frage der Garantien bereits eine Anstrengung gemacht zu haben, und zwar solle der Reparationskommission ein neues Steuerprogramm bereits vorgelegt sein. Man wisse allerdings noch nicht, ob dieses Programm als genügend angesehen wird und ob die Reichsregierung bereit ist, ihre Weigerung, die Finanzkontrolle anzunehmen, zurückzuziehen.

Der in den offiziellen Erklärungen Poincarés an die Pressevertreter bereits durchschimmernde Rückzug wird in dem Schluß des Artikels des „Petit Parisien“ noch ein wenig deutlicher. Es heißt darin: Selbst wenn man den schlimmsten Fall annimmt und glaubt, daß Deutschland den Forderungen der Reparationskommission eine Verzögerungspolitik entgegensehen will, ist es augenscheinlich, daß Poincaré — und wir sind ganz sicher, seine Gedanken wiederzugeben — ein Vorgehen Frankreichs allein nicht ins Auge faßt, wenn er erklärt, daß Frankreich das Recht habe zu handeln.

#### Die polnische Presse und die Rede Poincarés.

Warschau, 26. April. Die polnische Presse ist auf den Ton gestimmt, als ob die Entente vor der Gefahr des Auseinanderfallens stehe. So sagte die „Gazetta Poranna“ u. a.: Der verschlagene Topf der Genuefer Konferenz läßt sich nicht schließen. Nur der Ehrgeiz Lloyd Georges hält die Konferenz noch aufrecht.

Der „Nasc Kurjer“ sagt: Barthou ging in die Falle Lloyd Georges. Nach der Stellungnahme Lloyd Georges gegen Frankreich hängt die Entente an einem Haar.

#### Die Konferenz der Zentralbanken.

Berlin, 25. April. Nach einer Meldung aus London äußerte sich Sir Robert Horne in Unterhaltungen mit Freunden sehr optimistisch über die Entscheidung des Genuefer Ausschusses eine Konferenz der Zentralbankinstitute der ganzen Welt einzuberufen. Die Zusammenkunft soll unter den Auspizien der Bank von England stattfinden, zu der die Federal Reserve Bank der Vereinigten Staaten zur Teilnahme eingeladen werden soll. Man glaubt in Finanzkreisen, daß Amerika der Einladung Folge leisten werde. Sir Robert Horne würde das als ein Vorzeichen und einen Anfang für die Stabilisierung der Wechselkurse ansehen.

#### Währungsunterschied und Eisenbahnverkehr

Genua, 25. April. In der Sitzung des Sonderausschusses, der die aus den Währungsunterschieden der verschiedenen Länder für den Eisenbahnverkehr sich ergebenden Schwierigkeiten erörtert, ist nach längerer Ausführung der Finanzfachverständigen festgestellt worden, daß der Ausschuss nicht imstande sei, das Währungsproblem zu lösen und es der in Artikel 5 des Resolutionsvorschlages vorgesehenen technischen Konferenz der Eisenbahnverwaltungen überlassen werden müsse, eine für die Praxis erträgliche Lösung zu suchen. Demgemäß wurde von der ersten Kommission beschlossen, in Artikel 5 des Resolutionsvorschlages die Währungsfrage als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der demnächst einzuberufenden technischen Konferenz von Eisenbahnverwaltungen ausdrücklich anzuführen.

Zu Artikel 6 gab Staatssekretär Stieser namens der deutschen Regierung die Erklärung ab, daß die im Resolutionsvorschlages vorgesehene Fassung nicht annehmbar erscheine. Er schlug vor, den Artikel wie folgt zu fassen: „Sofern es angezeigt erscheinen sollte, daß die beteiligten Regierungen die Fortschritte überwachen, die in Durchführung der in den vorstehenden Artikeln vorgesehenen Maßnahmen von den einzelnen Staaten gemacht wurden, werden die Vertreter der beteiligten Staaten unter voller Gleichberechtigung in Genf zusammentreten, um von den technischen Einrichtungen des Völkerbundes Gebrauch machen zu können.“ Der deutsche Gegenvorschlag fand keine Annahme, jedoch wurde auf den Vorschlag des ungarischen Vertreters noch eine Textabänderung des Resolutionsvorschlages in dem Sinne angenommen, daß die Vertreter der an dem Völkerbund nicht beteiligten Staaten volle Gleichberechtigung mit den technischen Organen des Völkerbundes angehörigen Vertretern genießen sollten. Hierauf wurde die Aufgabe der ersten Kommission als beendet erklärt.

#### Der 1. Mai in Baden.

Nach den Bestimmungen des Badischen Staatsministeriums vom 7. und 28. April 1919 gilt der 1. Mai in Baden als gebotener Feiertag. Gegen diese Bestimmung hatte die Deutsche Volkspartei, schon als sie noch nicht im badischen Landtag vertreten war, lebhaften Einspruch erhoben. Nunmehr hat die deutschvolksparteiliche Gruppe gegen die erwähnten Bestimmungen in folgendem Antrage Stellung genommen: „Die Regierung wird ersucht um unverzügliche Aufhebung der Verordnung des Badischen Staatsministeriums vom 7. April 1919 betr. „Die Bestimmung des 1. Mai als gebotener Feiertag“ und der Verordnung des Badischen Staatsministeriums vom 28. April 1919, wonach in § 2 der landesherrlichen Verordnung vom 11. November 1909, die Ausführung des B.O.B. und der damit zusammenhängenden Geleise betr., zwischen „Dienstag und Samstag“ eingeschaltet wird, „der 1. Mai“. Unterzeichnet ist dieser Antrag von den Einbringern, dem Vorsitzenden der deutschvolksparteilichen Gruppe, Abg. Weber und Gen., und mitunter den Abgeordneten der deutschnationalen Fraktion und des Landbundes. Der Ausschuss wird sich sofort mit diesem Antrag beschäftigen. Die Behandlung im Plenum, der man mit besonderer Erwartung entgegensehen darf, wird voraussichtlich am Freitag erfolgen.“

Der Antrag wird sicher in weitesten Kreisen des ganzen Landes und über die Grenzen hinaus freudig begrüßt werden. Bei den Linksparteien löste er selbstverständlich unerschütterlichen Muth aus. Baden ist einer der wenigen Gliedstaaten, der sich der zweifelhaften Ergründlichkeit „erfreuen“ kann, den 1. Mai als Feiertag sich selbst aufzutrotzen zu haben. Der Tag war nie ein Feiertag der Arbeit — denn man sollte doch wohl annehmen, daß man Arbeiten nicht mit Feiern in des Wortes doppelster Bedeutung begeht, — sondern ein sozialistischer Demonstrationstag, den nur die Linksparteien als solche, nicht aber die Arbeiterklasse feierten. In Hessen hat man jüngst versucht, auch aus dem 1. Mai einen gesetzlichen Feiertag zu machen, aber die Sozialisten sind mit ihrem Antrag nicht durchgefallen. Bekannt sind die Vorgänge im Bremer Parlament, wo die Mehrheit beschloß, den in den Vorjahren eingeführten Feiertag wieder aufzuheben.

Sonderbar sind auch die Begründungen, um die Notwendigkeit der erzwungenen Arbeitsruhe den Anhängern, die selbst der emigen Verdienstausfälle durch Lohnstreiks, Solidaritäts- und Sympathiestreiks, Demonstrationstreiks à la Baden-Baden überdrüssig sind, schmachtlos zu machen. „Schwere Sorgen und Last liegen auf dem werktätigen Volke. Nur ein Sonnenstrahl bringt durch die vor uns liegende, undurchsichtige, dunkle und graue Zukunft. Dieser Sonnenstrahl ist die Hoffnung auf die geschlossene Einigkeit der internationalen Gewerkschaften“, meint die sozialistische Presse, die doch selbst über den Einigkeitsummel der verschiedenen Internationalen in Berlin recht klägliche Berichte bringen mußte. „Völkerfriede, Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung“ soll die Lösung des Feiertags der Arbeit sein. Die Verhandlungen in Genua zeigen, was unsere Nachbarn über Völkerfrieden denken; die Erpressung der Reparationskommission und das Söldnerleben Poincarés sprechen Bände dafür, daß Deutschland allen Grund zur Vermehrung der Feiertage hat. Ausbau der Sozialgesetzgebung wird gefordert, wobei die einzelnen Forderungen präzisiert werden — aber mit keinem Worte gedenkt man in den Aufrufen „brüderlicher Solidarität“ der Notlage der am schwersten bedrückten Volksgenossen, der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen!

Die 1. Maifeier ist also eine durchaus parteipolitische Angelegenheit und niemand wird etwas gegen die Begehung derselben mit roten Fahnen, Verständigungsreden für die Internationale und schwülstigen Chamaaden und Kriegsonlagen an die anders denkenden deutschen Volksgenossen etwas einwenden. Aber verwahren muß man sich dagegen, daß auch der andersdenkende Teil des badischen Volkes, der in der beträchtlichen Mehrzahl ist — es sind insgesamt 25 Wählerdemonstranten und 61 bürgerliche Abgeordnete im badischen Landtag — an einem Kummel mitmachen muß, für den er mit dem besten Willen kein Verständnis aufbringen kann. Es fragt sich, ob gerade wir Deutschen Verantwortung haben, die internationale Solidarität zu feiern. Wir sind nach dem Krieg den Weg der Erfüllung gegangen, der Unbahnung internationaler Verständigung über das Maß unserer Leistungsfähigkeit hinaus; und was haben unsere Wegner getan? Das deutsche Volk kennt seinen internationalen Feiertag, ihm gebührt stolzes Schweigen und — abwarten. Bedenken muß man sich, daß in diesem Jahre der „Feiertag“ auf einen Montag fällt, daß wir also zwei Feiertage hintereinander haben und dadurch die Produktion in unserem verarmten Reiche geschädigt wird, zumal unsere Nachbarstaaten den Hagen Montag am 1. Mai nicht kennen. Sieht so die von den Sozialisten immer so sehr in den Vordergrund gestellte Wiltshire beim Wiederaufbau aus?

Interessant ist, daß schon seit einiger Zeit zwischen der sozialdemokratischen und der Zentrumspreffe Vorpostengefächte stattfinden. Die christlichen Gewerkschaften erklären, eine Beteiligung an der internationalen Verständigungsfeier nicht mitmachen und am 1. Mai arbeiten zu wollen. Nach einer Erklärung des Karlsruhe-Zentrumsorgans werden die Christlichen überall dort, wo am 1. Mai nicht gearbeitet wird, in eigenen Veranstaltungen für die nationale und wirtschaftliche Freiheit Deutschlands demonstrieren. Und wie werden es erst die drei Mitglieder des Sozialismus halten, wo doch die Wechsellösungisten rundweg ablehnen, mit den Kommunisten ein Gespann zu bilden und an einer gemeinsamen Kundgebung am 20. April teilzunehmen? Die Unabhängigen und die Moskaujünger fühlen überreizt wieder Konkurrenzneid und inszenieren ihre eigenen Demonstrations-Versammlungen. Es geht also um die „Rache“ der geirten Arbeit, „Solidarität der werktätigen Bevölkerung“ schon recht faul aus, so daß man es den rechts von ihnen Marschierenden nicht verübeln kann, wenn auch sie ihre eigenen Wege gehen.

Es ist bemerkenswert, daß, obwohl die Presse des Zentrums gegen den 1. Mai zu Felde zieht und dafür allerhand Lebenswürdigkeiten der Linkspresse einstecken muß, doch die Abgeordneten nicht den Mut fanden, ihrer Ueberzeugung durch Mitunterzeichnung des deutschvolksparteilichen Antrags Ausdruck zu verleihen. Auch die andere bürgerliche Partei, die Demokraten, hat bisher ihre Stellung zum gesetzlichen „Blauen Montag“ nur durch die Presse bekundet. Die Entscheidung, die in Baden über den Antrag fallen muß, wird erregte parteipolitische und parteiprogrammatische Begleiterscheinungen im Landtag im Gefolge haben.

Karlsruhe, 26. April. (Eig. Draht.) Durch Verordnung des Staatsministeriums vom 7. April 1919 ist der 1. Mai in Baden als gebotener Feiertag im Sinne der Verordnung vom 11. Juni 1902 über die weltliche Feiertage der Sonn- und Feiertage erklärt worden. Mit Rücksicht darauf, daß der ungünstige Wetterstand alle landwirtschaftlichen Arbeiten außerordentlich in Rücksicht gebracht hat, hat das Ministerium des Innern, wie die Karlsruhe Zeitung amtlich mitteilt, die Bezirksämter angewiesen, landwirtschaftliche











Badisch-Pfälzische Maitage Mannheim 1922.

Sommernachtsfest auf dem Neckar. Der Wassersportverein 'Vorwärts' e. V. Mannheim im Übertritt uns das Programm für sein am Samstag, 6. Mai...

3. Briefverkehr nach dem Ausland. Briefsendungen nach dem Ausland werden immer noch häufig ungenügend freigemacht.

21. Gedächtnisfeier der Nachrichtentruppen. Am Sonntag, den 28. Mai, findet in Cannstatt in der Funkenfaserne der Nachrichtenabteilung eine Zusammenkunft ehemaliger Angehöriger...

21. Zum Badischen Leibgrenadierlag. Der Regimentstag der ehem. Leibgrenadiere wird am Samstag, 6. Mai mit einer nachmittägigen Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Regiments...

3. Das Fest der Silbernen Hochzeit begehrt morgen Donnerstag Herr Jakob Hoffmann mit seiner Ehefrau Sophie geb. Sohns, Rheinstraße 16 wohnhaft.

Parteinachrichten.

Deutsche (liberale) Volkspartei.

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, wird im Volkischen Seminar der Deutschen Volkspartei, im Geschäftszimmer, Lameystraße 17, Herr Hauptlehrer Kreuzer über 'General Scharenhorst' sprechen.

Kommunale Chronik.

Badischer Städtebund.

Der erweiterte Ausschuss des badischen Städtebundes (Verband der mittleren Städte Badens) tagte am 22. ds. Ms. in Karlsruhe.

Der Entwurf eines Polizeigesetzes bestimmt, daß in den Gemeinden mit weniger als 20000 Einwohnern die Hauptpolizei von den staatlichen Behörden verwaltet wird.

Kleinrentnerfürsorge bedarf nach Ansicht des Ausschusses einer grundsätzlich anderen Organisation. Es müßte diese Fürsorge entsprechend der Fürsorge für die Sozialrentner freier und großzügiger gestaltet werden.

23. Darmstadt, 24. April. Das bessische Ministerium für Arbeit und Wirtschaft weist darauf hin, daß es unzulässig ist, wenn die durch Todesfälle freiwerdenden Wohnungen...

23. München, 25. April. Bei der gestrigen Beratung des Haushaltsausschusses beendete der Berichterstatter die wichtige Finanzlage der Stadt. Der Haushaltsentwurf sieht einen Gesamtumsatz von 24 Milliarden gegenüber rund 1 Milliarde im Vorjahre vor.

Aus dem Lande.

8. Heidelberg, 25. April. Der Münchner Lehrergesangsverein traf heute normittag hier ein, um sich von seiner Konzertreise einen Tag auszurufen.

11. Bretten, 26. April. Das jährliche Töchterfest der Familie Karr stieg in einem unbedeutenden Augenblick aus dem Fenster des 2. Stockwerkes auf die Straße und war alsbald tot.

12. Karlsruhe, 26. April. Die Sonderzug-Konferenz der deutschen Eisenbahneremalungen, die seit etwa 25 Jahren immer in Baden-Baden abgehalten worden ist, wird in diesem Jahre ab 2. Mai in Karlsruhe stattfinden.

13. Karlsruhe, 25. April. Beim Spielen erlitt ein 11jähriger Knabe durch einen andern mit einem Stein eine unbedeutende Verletzung ins Gesicht.

Berichtszeitung.

R. Frankenthal, 25. April. Gründliche Arbeit gemacht hat das hiesige Schöffengericht mit einer Milchpantoffler, die vorzüglich dieses heute schon ohnehin teure Produkt verwässert hatte.

A. Wälders, 26. April. (Sig. Drahtber.) Einen Strafbefehl über 1600000 Mark hat das Amtsgericht in Rindern gegen einen Blatinfischer erlassen.

Sportliche Rundschau.

Pferdesport.

\* Rößel mußte seine Teilnahme am Dohls-Herdenrennen am Samstag in Karlsruhe mit dem Leben bezahlen.

Radspport.

sr. Bei dem Radrennen in Saarbrücken war in dem 20 Km.-Renner der Pfälzermeister G. Müller in 17 Min. 16 Sek. erfolgreich.

Rudern.

23. Aus dem Ruderverein Mannheim. Nachdem im vergangenen Jahr ein letzter Versuch der 'Alten', nochmals zu starten, auf der Reinger Regatta ein negatives Ergebnis gebracht hatte, die Senioren der Ruderverein Mannheim...

Körperbewegung noch nicht ganz geschwunden sind; die Todesschmerzen der Ausführung des Ludwigsholmer Schlags, wie er von Meister O. Biederer ausgeführt worden ist, ist hervorragend.

Turnen.

24. Ein Veteran des Turnens. Ein alter Turnerveteran feiert am 22. ds. Ms. seinen 80. Geburtstag.

Leichtathletik.

sr. Der amerikanische Marathonläufer kam auch in diesem Jahre wieder unter großer Beteiligung der amerikanischen Langstreckenläufer in Boston über 24 1/2 englische Meilen (40,4 Km.) zum Ziel.

Wintersport.

sr. Eine ausgezeichnete Leistung zeigte der Krummhölzer Endler, der Sieger des Langlaufes bei den deutschen Wintersportfesten in Garmisch, auf der Krummhölzer Sprungbahn.

Wetterdienstnachrichten.

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Table with 10 columns: Ort, Luftdruck, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Bewölkung, Sichtweite, Regen, Schnee, Nebel. Rows include Mannheim, Rastatt, Karlsruhe, etc.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Auf der Rückseite des Tiefdruckgebietes gingen gestern vielfach starke Regenschauer nieder. Ueber Nacht ist rasch ein Sturmwind erschienen, der wieder Trübung und Niederschlag bringt.

Wettervorhersage bis Donnerstag, 27. April, nachts 12 Uhr.

Wachsende Bewegung, Niederschläge in Schauern (in höheren Lagen auch Schnee), sehr kühl, regnerisch, wechliche bis nordwestliche Winde.

Halcyon-Linie Rotterdam advertisement. Includes text: 'Regelmäßiger Frachtdienst von Rotterdam nach LA PLATA Montevideo Buenos Aires... SCHWARZEN MEER...'

Knorr Erbswurst advertisement. Large stylized logo for Knorr and text: 'Erbswurst ergiebig und wohlschmeckend'.

Louise Strassburger geb. Marx advertisement. Text: 'Unsere innigstgeliebte Mutter, Grossmutter, Urgrossmutter und Schwester, Frau Louise Strassburger geb. Marx ist uns heute im 79. Lebensjahre durch einen sanften Tod entrissen worden.'

Danksagung advertisement. Text: 'Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, sowie die schönen Kranzspenden, die uns bei dem Tode unserer lieben Mutter in so zahlreicher Weise zuteil wurden, sagen wir allen Freunden und Bekannten innigsten Dank.'

Kalksandsteine advertisement. Text: 'Wir liefern Kalksandsteine Cementwaren, Betonröhren, Gartenkies, groben Kies...'

Ich glaube es jetzt advertisement. Includes a cartoon character and text: 'Ich glaube es jetzt, daß es sehr bleibend...'

Institut Sigmund advertisement. Text: 'Lernt schneiden! Den besten und billigsten Unterricht... Institut Sigmund A 1, 9 am Schloss Tag- u. Abendkurse...'







